

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Schultheis.

**Karl Schultheis (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Brinkmeier, Sie haben ein sehr deterministisches Geschichts- und Weltbild. Ich bin immer davon ausgegangen, dass Geschichte offen ist und insofern all das, was menschliches Werk ist, auch rückgängig gemacht werden kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das gilt insbesondere für die Studiengebühren, die Sie eingeführt haben.

Sie haben gefragt: Wann soll dies geschehen? - Wir hätten heute eine erste Chance, es gemeinsam zu tun - dann wäre es erledigt -, indem wir dem Gesetzentwurf der Grünen zustimmen.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Das wäre die erste Variante. Ich lade Sie und auch Herrn Witzel ein, dies zu tun.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Danke!)

Besser jetzt als später.

Aber es wird, wenn es eine neue Mehrheit gibt - und ich gehe davon, dass SPD und Grüne gemeinsam eine Koalition bilden werden -, eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen des neuen Landtags sein, diese Studiengebühren, die Sie und Sie eingeführt haben, wieder abzuschaffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Heike Gebhard [SPD]: War das klar genug? - Ralf Witzel [FDP]: Das geht ja nur mit Linksaußen, wenn Sie das wollen!)

- Nein. Wie gesagt, es stünde Ihnen auch immer frei, der SPD-Grünen-Mehrheit an die Seite zu springen. Das ist gar keine Frage. Aber warten Sie ab. Sie werden sehen, es wird eine SPD-Grüne Mehrheit hier im Landtag geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Gerade an dieser Stelle, nämlich bei den Studiengebühren, passt kein schwarz-gelbes Blatt zwischen Rot-Grün.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Ralf Witzel [FDP]: Nein, Rot-Rot-Grün!)

- Das können Sie so oft mit Ihrer Plakatdiskussion ...

(Heike Gebhard [SPD]: Warten Sie mal die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler ab!)

Ich fand es sehr interessant, dass wir heute diese bildungspolitische Debatte entlang der Bildungskette geführt haben und sehen, dass dieser schwarz-gelbe Faden der sozialen Selektion bei jedem Tagesordnungspunkt wieder ins Licht tritt, Herr Witzel,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und zwar gerade auch an dieser Stelle, wo es um die Studiengebühren geht. Hier geht es um die Interessen der jungen Menschen in diesem Land,

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

darum, dass sie nach ihren Fähigkeiten gefördert werden und auch nach ihren Fähigkeiten ein Studium aufnehmen können. Wir wollen, dass jeder junge Mann, jede junge Frau in diesem Land bestmögliche Abschlüsse erzielen kann und dies nicht durch Studiengebühren erschwert wird, Herr Witzel.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhmichel?

**Karl Schultheis (SPD):** Selbstverständlich.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Kuhmichel.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Schönen Dank, Herr Kollege Schultheis. Es geht auch ganz schnell. – Eine kurze Frage: Trifft es zu, dass wir, als wir nach der Wende 2005 die Regierung antraten, ein Studiengebührenmodell vorgefunden haben, für das Rot-Grün Verantwortung trug? Nach diesem Modell wäre das Geld, was erzielt worden wäre, in den Säckel des Finanzministers für irgendwelche Projekte im Land gegangen. Trifft es zu, dass wir dieses rot-grüne Studiengebührenmodell vorgefunden haben?

**Karl Schultheis (SPD):** Herr Kollege Kuhmichel, es gab ein Studienkontenmodell, aber dieses Studienkontenmodell erfasste keine allgemeinen Studiengebühren. Wir haben klare Aussagen dazu gemacht: Es wird kein Studienkontenmodell wieder geben. Das ist aus der Welt. Es wird nach der Wahl am 9. Mai keine Studiengebühren mehr geben –

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

ganz klar. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Dem ist so.

Wir werden auch gewährleisten, Herr Brinkmeier - Sie sind insofern ja wirklich in brennender Sorge -, dass das Finanzierungsmodell, das wir benötigen, um den Hochschulen eine Kompensation für diese Mittel zu bieten, so wasserdicht ist, dass die Gelder auch aus Drittmitteln bereitgestellt werden können. Darauf können Sie sich verlassen. Dafür haben wir genügend Erfahrung und Kompetenz in unseren Fraktionen, hier ein Modell vorzustellen, das diesen Anforderungen gerecht wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir wollen auch – ich sage das noch mal ganz deutlich in Richtung der Fraktionen, aber auch der interessierten Öffentlichkeit – sicherstellen, dass diese Mittel, die den Hochschulen dann zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, nicht kapazitätswirksam werden.

(Beifall von der SPD)

Denn wir wollen doch gerade, dass den jungen Leuten in den Bachelor-Studiengängen bessere Studienbedingungen geboten werden als bisher.

Wir alle wissen, dass gerade die Einführung der gestuften Studiengänge Bachelor und Master 15 % mehr Personal erfordert. Wir werden durch ein neues Gesetz, das die Studienge-

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

bühren abschafft, dafür sorgen, dass an den Hochschulen verlässlich und ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse neues Personal eingestellt werden kann. Dann sind die Hochschulen, die Rektorate und die Kanzler, die in der Anhörung nur diese Sorge vorgetragen haben, auf der sicheren Seite – einer sichereren Seite, als sie es jetzt sind, Herr Dr. Brinkmeier.

(Beifall von der SPD)

Wir haben in der Anhörung die Argumente erfahren, warum man für Studiengebühren sein kann. Die Rektorats- und Rektorenkonferenzvertreter sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Kanzlerinnen und Kanzler haben dazu ausgeführt. Aber diejenigen, um die es geht, nämlich die Studierenden, und die Organisationen, die sie vertreten - das Landes-ASten-Treffen, das Studentenwerk und das Hochschulinformationssystem, die mit Vertreterinnen und Vertretern dort anwesend waren -, haben deutlich gemacht, dass Studiengebühren selektiv wirken – gerade im Hinblick auf junge Frauen, die kein Studium aufnehmen, weil sie sich nicht verschulden wollen. Das ist ganz eindeutig.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja!)

Es wird eine weitere Studie geben – es ist ganz interessant, dass sie noch nicht auf den Weg gebracht worden ist –, eine Studie, die HIS erarbeiten wird und bei der wir erfahren haben, dass es einen Riesenrücklauf aus der Studierendenschaft gibt, was die Beantwortung dieser Anfrage angeht. Wir erwarten, dass diese Studie belegen wird, dass die Studiengebühren sozial selektiv wirken.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Dafür brauchen wir diese Studie. Aber wir können das auch schon anhand der uns jetzt vorliegenden Zahlen feststellen, die zeigen, dass sich die Schere zwischen Studienberechtigten und denjenigen, die ein Studium aufnehmen, immer weiter öffnet. Das können Sie nicht bestreiten.

(Beifall von der SPD)

Deshalb werden wir diesen Weg konsequent gehen.

Nochmals: Abschaffung unmittelbar nach den Wahlen am 9. Mai - eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen -, Kompensation für die Hochschulen unter Bedingungen, die gewährleisten, dass diese zusätzlichen Mittel nicht kapazitätswirksam werden. Herr Brinkmeier, das sind zwei klare Antworten auf Ihre unklaren Fragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

